Gemeinsam vieles besser machen!

ZWISCHENBILANZ FRÜHJAHR 2016

Werte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bevor der Sommer kommt, wollen wir Sie in gewohnter Manier umfassend über die wichtigsten Themen der Gemeindepolitik informieren. Da sich in den letzten Monaten einiges getan hat, kann es natürlich sein, dass wir das eine oder andere Thema hier nicht ausführlich genug behandeln können. Sollten Sie weitere Fragen oder Anregungen zu den diversen Themen haben, stehen Ihnen hierfür natürlich unsere acht Gemeinderäte gerne zur Verfügung.

Zur Volksbefragung „Spange Alland“

Die SPÖ-UBA hat von Beginn an als einzige im Gemeinderat vertretene Gruppierung weder „Pro“ noch „Contra“ Spange Alland geworben, sondern versucht sachlich und nüchtern die verschiedenen Argumente darzustellen. Die Beteiligung der Bürger ist - seitdem wir 2009 die SPÖ-UBA formiert haben - immer eines unserer zentralen Anliegen gewesen. Deshalb haben wir natürlich die Abhaltung einer Volksbefragung begrüßt. Auf unsere Forderung, noch **vor** Abhaltung der Volksbefragung die Einigung mit den Grundeigentümern herbeizuführen, ging die ÖVP leider nicht ein.

Wie Sie aber bestimmt auch wissen, sind der ÖVP bei der Umsetzung der Volksbefragung maßgebliche Fehler unterlaufen. Diese Fehler haben letztlich dazu geführt, dass das Land NÖ die Volksbefragung für rechtswidrig erklärt hat. Schade, denn diese Fehler wären leicht zu vermeiden gewesen. Besonders bedauerlich ist, dass bereits 3 Wochen vor der Abstimmung klar war, dass die Volksbefragung in dieser Form nicht „halten“ werde. Entsprechende Signale kamen bereits im Dezember 2015 von der Landesregierung und der Bezirkshauptmannschaft. Deshalb haben wir noch im Dezember 2015 die ÖVP aufgefordert, die Abstimmung ordentlich vorzubereiten und von Jänner 2016 auf März oder April 2016 zu verschieben. Vergeblich. Die ÖVP hat wieder einmal auf stur geschaltet und die Befragung durchgezogen.

Eine Volksbefragung abzuhalten ist eine grundlegend gute Sache, es wäre aber ein Leichtes gewesen sie so durchzuführen, dass sie auch Gültigkeit hat. Immerhin hat die Befragung nach vorsichtigen Schätzungen rund 13.500,00 Euro gekostet. Die jetzt geführten Diskussionen über die Gültigkeit der Befragung hätten wir uns damit leicht ersparen können. Insofern ist es verwunderlich, dass die ÖVP in ihrer Osteraussendung quasi von

„historischen Heldentaten“ rund um die Abhaltung der Volksbefragung berichtet.

Dass sich die ÖVP nun immer wieder weinerlich auf „juristische Spitzfindigkeiten“ ausredet, die angeblich an der Aufhebung der Befragung schuld gewesen sein sollen, ist ein schwacher Trost für die Gemeinde. Mit „juristischen Spitzfindigkeiten“ hatten diese Fehler nichts zu tun. Das Ausreden auf die eigene Unkenntnis hilft niemandem. Stellen Sie sich vor: Sie fahren 180 km/h auf der Autobahn, werden deshalb von der Polizei angehalten und sagen dann zu dem Polizisten: „Jetzt kommen´s mir doch nicht mit Ihren juristischen Spitzfindigkeiten …“.

Wenn man sich seitens der ÖVP nur ein wenig mit den maßgeblichen Bestimmungen befasst hätte, wäre ganz klar gewesen, dass die Befragung vom 17. Jänner so nicht halten wird.

DIE SPÖ-UBA MEINUNG ZUSAMMENGEFASST:

Eine Volksbefragung ist gut und wichtig, gehört aber ordentlich vorbereitet - immerhin kostet alles viel Geld!

Zu den verkehrsberuhigenden Maßnahmen innerhalb der Ortschaften:

Die Verkehrsberuhigung innerhalb der Ortschaften ist seit 2010 eines der Hauptthemen der SPÖ-UBA. Nachdem wir jahrelang bei der ÖVP auf Ablehnung gestoßen sind (offenbar weil die Idee von uns kam), haben wir in den vergangenen Monaten einen Durchbruch erzielt: Erste verkehrsberuhigende Maßnahmen werden noch 2016 umgesetzt. Darauf hat sich der Verkehrsausschuss, der von GfGR Perl geleitet wird, in zahlreichen Sitzungen geeinigt.

Als erster Schritt werden Bodenmarkierungen angebracht, die zu einer Verschmälerung der Fahrbahnbreiten führen werden. Als zweiter Schritt werden auch bauliche Maßnahmen durchgeführt und insbesondere die Gehsteige verbreitert. Dies führt natürlich auch zu mehr Sicherheit auf den Schulwegen.

Ein Beispiel für die Bodenmarkierungen

Weiters werden wir versuchen, auf der Groisbacher Strasse (Höhe Kronawettgasse) einen Zebrastreifen umzusetzen, der das Queren der Straße erleichtert. Aus diesem Grund werden derzeit Verkehrszählungen durchgeführt. Eine Verkehrsverhandlung dazu wird voraussichtlich noch vor dem Sommer durchgeführt werden.

Was uns wichtig ist: Bei den verkehrsberuhigenden Maßnahmen müssen alle Straßen in Angriff genommen werden. **Auch Mayerling und Maria Raisenmarkt dürfen nicht unter die sprichwörtlichen Räder kommen**. Groisbach ist ja vom Durchzugsverkehr erfreulicherweise weniger betroffen.

Verwundert waren wir, als wir in der letzten Aussendung der ÖVP gelesen haben, dass diese verkehrsberuhigenden Maßnahmen von der ÖVP ausgegangen sein sollen. Offenbar will die ÖVP hier im Nachhinein ein wenig Applaus erhaschen. Aber gut, wenn sich der politische Mitbewerber mit unseren Ergebnissen und den **gemeinsam** erreichten Maßnahmen schmücken will, soll´s uns recht sein. Hauptsache ist, es werden jene Maßnahmen umgesetzt, die zu einer Beruhigung und Sicherung des Verkehrs führen und nach allen Expertenmeinungen schon längst überfällig sind.

Zum Entwicklungskonzept

Die ÖVP möchte offenbar das seit mehreren Jahren stockende Projekt „Entwicklungskonzept“ bis Juni 2016 zu Ende bringen. Wir werden dabei darauf achten, dass dieses Konzept ein **sanftes Wachstum unter Bewahrung der dörflichen Strukturen unserer Gemeinde** gewährleistet.

Dass die SPÖ-UBA für Ruck-Zuck-Umwidmungen und eine Entwicklung in Richtung Großfeldsiedlung nicht zu haben ist, haben wir schon mehrfach festgehalten. Dabei bleiben wir. **Eine Entwicklung in Richtung Wiener Speckgürtelgemeinden, die weder Stadt noch Land sind, wird es mit uns nicht geben!**

Das Wichtigste aber ganz zum Schluss:
Wir wünschen Ihnen einen erholsamen Sommerbeginn und vor allem Gesundheit!

GfGR Dr. Klaus Perl

GfGR Hannes Hofstätter

Bericht aus dem Prüfungsausschuss:

Im März 2015 habe ich die Leitung des Prüfungsausschusses von Kollegen Perl übernommen. Seither hat der Prüfungsausschuss 6 Sitzungen abgehalten und die Gemeindegebarung hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geprüft. Im Prüfungsausschuss geht es nicht darum, wer was aufgedeckt hat, sondern darum, dass sichergestellt wird, dass fremdes Geld bestmöglich und wirtschaftlich eingesetzt wird. Die Zusammenarbeit in diesem Ausschuss funktioniert wirklich ausgezeichnet und frei von Parteidenken.

So wurden auf unsere Anregung hin z.B. die Kredit-Konditionen mit den diversen Banken neu verhandelt. Dies führte im Ergebnis dazu, dass sich die Gemeinde nun pro Jahr ca. EUR 20.000,- an Zinsen erspart.

Ferner haben wir die Umsätze der Firmen, die für die Gemeinde tätig sind bzw. bei welchen die Gemeinde einkauft, geprüft. Hier konnten wir feststellen, dass manche Firmen EUR 50.000,- und mehr Umsatz pro Jahr mit der Gemeinde machen und trotzdem nicht einmal den üblichen Skontonachlass gewähren. Auch hier haben wir der Gemeindeführung empfohlen die Konditionen neu zu verhandeln.

Bezüglich Auftragsvergaben und Anschaffungen war es uns ein Anliegen, dass ab einer Auftragssumme von EUR 10.000,- drei Angebote einzuholen sind. Dies soll gewährleisten, dass die Gemeinde Alland bessere Preise am Markt erzielen kann. Dass es fast ein Jahr gedauert hat, bis sich die Gemeindeführung dazu bereit erklärt hat diesen Beschluss zu fassen, hat uns verwundert.

Ich versichere Ihnen, dass wir auch weiterhin den Fokus auf eine **wirtschaftliche und ordnungsgemäße Finanzgebarung** der Gemeinde legen werden und gemeinsam für Alland arbeiten werden.

GR Mag. Klaus Sonnleitner

Bericht aus dem Gemeindeverband „Neue Mittelschule“:

Dass das Gebäude der neuen Mittelschule, vormals Hauptschule, bereits mehr als 40 Jahre alt ist, ist kein Geheimnis. Deshalb hat sich bereits in den letzten 2-3 Jahren der Gemeindeverband „Neue Mittelschule“ mit der Sanierung oder einem Neubau des Gebäudes beschäftigt.

Nachdem die ursprünglichen Kostenschätzungen für eine Renovierung bei rund einer Million EUR gelegen sind, haben sich diese **Kostenschätzungen** in den letzten Monaten zuerst auf ca. 3 Mio EUR und zuletzt auf **bis zu 5 Mio EUR** erhöht. Demgegenüber werden die Kosten für einen kompletten Neubau des Gebäudes auf 6 bis 7 Mio EUR geschätzt.

Die Kosten für Neubau oder Renovierung wären gemeinsam von den Gemeinden Alland, Klausen-Leopoldsdorf und Heiligenkreuz (Gemeindeverband) zu tragen. Ein Drittel der Kosten würde das Land NÖ übernehmen. In Anbetracht der immensen Kosten für eine Renovierung und des relativ geringen Mehraufwandes im Falle eines Neubaus, sind wir von der **SPÖ-UBA ganz klar für einen Neubau des Gebäudes**. Denn auch nach einer Renovierung bleibt ein 44 Jahre altes Gebäude ein 44 Jahre altes Gebäude. Außerdem ist allseits bekannt, dass Renovierungskosten am Ende des Tages praktisch immer die budgetierten Kosten übersteigen.

Weiters beträgt die Landesförderung in jedem Fall ein Drittel der Gesamtkosten. **Im Falle eines Neubaus fällt somit auch die Förderung des Landes höher aus**.

Obwohl es aller Vernunft entbehrt, bemühen sich noch immer einige ÖVP-Vertreter darum, dass das Gebäude aufwendig renoviert wird. Was der Grund hierfür ist, werden wir auch noch herausfinden.

GR Georg Baden

Das sind unsere **Schwerpunkte** für die nächste Zeit:

Mitbestimmung der BürgerInnen bei wichtigen Entscheidungen

Auch in Zukunft sollen grundlegende Entscheidungen der Gemeindepolitik nur unter Einbindung der Mitbürgerinnen und Mitbürger getroffen werden!

Verkehrsberuhigung auf Haupt- und Nebenstraßen

Der Anfang ist gemacht. Noch im Frühjahr werden die Hauptdurchzugsstraßen durch Markierungen verschmälert. Mehr Sicherheit und geringere Durchschnittsgeschwindigkeiten werden dadurch erreicht. Aber auch die Straßen in Mayerling und Maria Raisenmarkt bedürfen einer Beruhigung!

Entwicklungskonzept

- Wir sind FÜR ein sanftes Wachstum der Marktgemeinde Alland.
- Wir sind FÜR den Erhalt des dörflichen Charakters unserer Gemeinde.
- Wir sind GEGEN ein Wachstum „um jeden Preis".

Alland gehört wieder raus aus den Negativschlagzeilen

Ob Riedlinghaus oder „patschert" abgehaltene Volksbefragung. Die Bürger müssen sich wieder auf ihre Gemeinde verlassen können. Unsere Marktgemeinde gehört wieder raus aus den Negativschlagzeilen!

Die MitbürgerInnen seriös informieren!

Die Kommunikation gegenüber den Mitbürgerinnen und Mitbürgern muss sachlich und seriös sein. Selbstbeweihräucherung der Parteien hilft niemandem. Denn: **Nur das Erreichte zählt, und nicht das Erzählte reicht!**

Mitdenken statt Parteidenken!

Gemeinsam vieles besser machen.

SPÖ UBA

Sozialdemokraten & Unabhängige Bürger Alland

www.allandliste2.at